

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

INHALT

SEITE 2

Ein Blick zurück
WikiLeaks für Arme
Bauverein ist zu rezualisieren

SEITE 3

Lippenbekenntnisse
Geschichtsrevisionisten
Hessenbremse
Hütten und Paläste

SEITE 4

Hessenbremse II
Verfassung des Landes Hessen

Hartz IV- Verhandlungen oder Theaterdonner für Leichtgläubige



FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

LINKS GEDACHT

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?

VON KARL-HEINZ BÖCK

FRAKTIONS-VORSITZENDER
der

Linken Darmstadt

Wie so oft, folgte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung am 14. Februar den Wünschen des Oberbürgermeisters. Darmstadt sollte laut Magistratsvorlage Mitglied der Darmstädter „House of IT“ werden. Die Stadtverordneten wussten hierzu lediglich, dass die Mitgliedschaft für dieses Jahr 100.000 € kosten soll. In den Jahren 2012 und 2013 sollen ähnliche Beträge zu zahlen sein. In der Diskussion stellte sich heraus, dass der Oberbürgermeister hierzu bereits eine Absichtserklärung („Letter of Intent“) unterschrieben hatte. Dieses Papier liegt den Stadtverordneten bis heute nicht vor. Ein weiteres, trauriges Beispiel für die mangelnde Offenheit des Oberbürgermeisters!



DIE LINKE.

Hartz IV geht nicht nur „Hartzer“ an

In der Stadtverordnetensitzung vom 9. Dezember wurde nach Wartezeit unser Antrag vom 12. Oktober endlich debattiert.

Der Antrag behandelt Berechnung und Höhe der Hartz IV-Regelleistungen (nachzulesen unter:

http://www.linksfraktion-darmstadt.de/parlament/antrag64_hartz4-regelsatz.pdf).

Die Hartz IV-Regelleistung bestimmt, welche Nahrung, Kleidung, Gesundheitsleistungen, Angebote für Bildung, Kultur, Freizeit, Mobilität sich Erwerbslose und ihre Kinder, Alte und Erwerbsgeminderte in der Sozialhilfe, Flüchtlinge und Beschäftigte in Niedriglohnjobs leisten können. Auch für Steuerzahler sind Regelsatz und „angemessene“ Unterkunft- und Heizkosten wichtig: Sie bestimmen, welche Grund- und Kinderfreibeträge in der Einkommenssteuer für sie und ihre Familien gelten. Sie regeln auch, welche untere Grenze für Arbeitseinkommen gesellschaftlich als gerecht angesehen wird. Das bedeutet: Beim Streit um das Niveau von Hartz IV geht es um die Perspektive von mindestens 22 Millionen Menschen in Deutschland.

Unsere Resolution

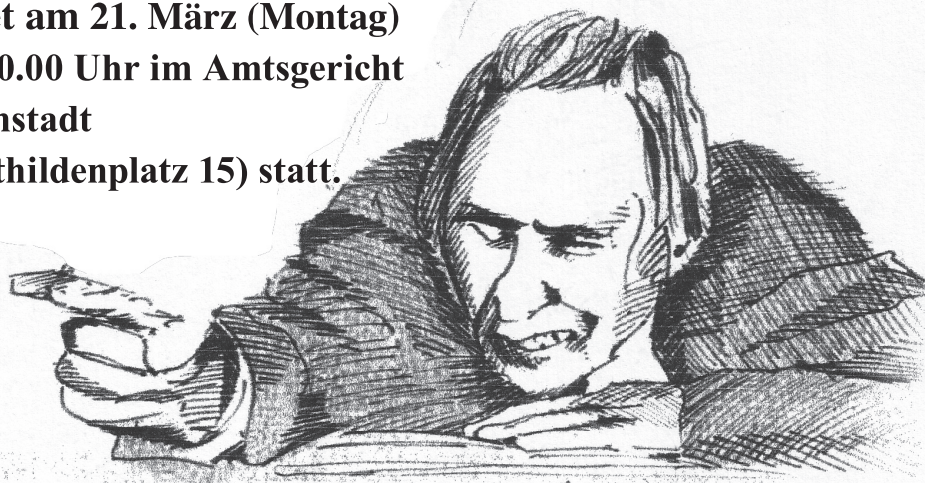
In unserer Resolution sollte der Magistrat der Stadt Darmstadt „die hessische Landesregierung auffordern, im Bundesrat den Beschluss der Bundesregierung zu verhindern, die Hartz IV Regelsätze nur um 5 € anzuheben.“ Darmstadt müsse insbesondere verurteilen, „dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf dem derzeitigen Stand verbleiben sollen.“

Unsere Resolution schloss mit der Forderung, dass die Kommune „die hessische Landes- und die Bundesregierung auffordere, die Hartz IV Regelsätze auf mindestens 440 € pro erwerbsfähigem Hilfebedürftigen anzuheben ... (und) die Regelsätze für Kinder und Jugendliche von derzeit 215 € bis 287 € um mindestens jeweils 80€ zu erhöhen.“

Wir begründeten die mit „Die Würde eines Menschen ist mehr als 5 € im Monat wert. Dieses Vorhaben der Bundesregierung, die Regelsätze kaum ... zu erhöhen, ist ein Schlag in das Gesicht der Betroffenen, auch für über

AUFRUF!

Die GALIDA-Römer-Hauptverhandlung findet am 21. März (Montag) um 10.00 Uhr im Amtsgericht Darmstadt (Mathildenplatz 15) statt.



Die GALIDA-Römer bitten um zahlreiches Erscheinen
Siehe Artikel Seite 2

Zeichnung: Hans U. Vergin

15.000 Bürger(/Bürgerinnen Darmstadts.“

Änderungsantrag der Grünen

Die Fraktion der Grünen stellte dazu auf besagter Stadtverordnetenversammlung folgenden Änderungsantrag:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Regelsatz für erwerbsfähige Hilfeberechtigte in einem sachgerechten Verfahren einheitlich auf Basis der unteren 20 Prozent der nach Einkommen geschichteten Haushalte zu ermitteln - nachdem alle EmpfängerInnen von Leistungen nach dem SGB XII und SGBII sowie die verdeckt Armen heraus gerechnet wurden. Dabei werden die tatsächlichen Ausgaben der Haushalte zugrunde gelegt. Der Anspruch jedes Kindes und jedes Jugendlichen auf individuelle Förderung wird umgesetzt. Das lässt sich am besten über gezielte Sachleistungen und einen schnellen und qualitativ hochwertigen Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen und einem echten Bildungschancenpaket erreichen. Hierzu sind den Kommunen ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.“

Die Darmstädter Grünen-Fraktion konnte sich nicht dazu durchringen, für die Erhöhung der

Hartz IV-Regelsätze eine konkrete Zahl zu fordern. Dies ließ schon erahnen, welche Verrenkungen ihre Parteikollegen im Vermittlungsausschuss des Bundesrates unternehmen.

Insbesondere der Passus, dass Kindern von Hartz IV-Beziehern „am besten über gezielte Sachleistungen“ geholfen werden könne, zeigt Illusionen der Grünen auf. Wer glaubt, er könne die bestehende Kinderarmut lindern, ohne die Armut der Eltern zu beseitigen, der macht sich selbst und allen anderen was vor.

Der Glaube, Kinderarmut ließe sich beheben durch Verbessern von „Bildungschancen“, lässt den realen Kapitalismus außer Acht. Wer von Dumping- und Niedriglöhnen, der Furcht der Menschen vor Hartz IV profitiert, kann kein Interesse daran haben, diese Verhältnisse zu verändern oder gar aufzuheben.

Die Sicht der Darmstädter Grünen auf Sozialtransferbezieher/innen und ihre Kinder, findet sich auch bei allen anderen Hartz IV-Parteien – also SPD, CDU und FDP - wieder: Der neoliberale Geist bestimmt weiterhin die herrschende Agenda. Auch SPD und Grüne – die Begründer des „Förderns und Forderns“ – verfolgen weiterhin diesen Kurs. Selbst wenn sie im „Superwahljahr“ 2011 zu Zuge- **FORTSETZUNG S.2**

FORTSETZUNG S 1

ständnissen bereit zu sein scheinen, sollte man wissen, was man von solcherart Linksblinkern zu halten hat.

Heute scheint sich Frau Schwesig und ihre Parteikolleg/inn/en von der SPD für gleiche Bezahlung in der Zeitarbeit („equal pay“) einzusetzen. Da wird man noch daran erinnern dürfen, wer als Gesetzgeber die verheerenden Veränderungen in der Zeitarbeit herbeigeführt und damit das Tor zu weiteren Dumping- und Niedriglöhnen, zu prekären Arbeitsverhältnissen aufgestoßen hat. Es war die gewollte Politik der Schröders und Fischers, Deutschland zum führenden Niedriglohnland Europas zu machen!

Schwindelpackung:**„Bildungs- und Teilhabepaket“**

Das Placebo des sogenannten „Bildungs- und Teilhabepaket“ nimmt nur eine vergleichsweise lächerliche Größenordnung ein. Die geplante Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes für Erwachsene um bloße 5 € ist geradezu zynisch zu nennen.

Die Verhandlungsführerinnen beim „Ringeln“ um den Regelsatz, Frau von der Leyen (CDU) und Frau Schwesig (SPD) haben in Wirklichkeit ein wenig Theater gespielt. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zu Hartz IV wird mitnichten Sozialtransferempfänger/inn/en und ihren Kindern nachhaltig geholfen.

Wer dies erwartete, wurde durch das mehrwöchige Verhandlungstheater der Hartz IV-Parteien eines Besseren belehrt.

UNSERE MEINUNG

Die geringfügigen Verbesserungen bei Hartz IV werden durch das „Sparpaket“ der Bundesregierung (milliardenfache Kürzungen im Sozialbereich) und durch geplante einschneidende Veränderungen im Sozialgesetzbuch II aufgehoben. Die per Grundgesetz garantierte Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip werden weiterhin durch die Hartz IV-Parteien auf Hartz IV-Niveau reduziert.



Ein Blick zurück



KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

Fraktions Vorsitzender DIE LINKE Darmstadt

Liebe Leserinnen und Leser

Seit nun knapp fünf Jahren ist unsere Fraktion im Stadtparlament. Eine der härtesten Auseinandersetzungen in dieser Zeit war die um die Nord-Ost-Umgehung (NOU). Unsere Fraktion lehnte den Bau von Anfang an ab. Anders die Grünen. Sie trugen in der Ampelkoalition mit SPD und FDP alle Entscheidungen mit. Erst als klar wurde, dass viele Bürgerinnen und Bürger gegen dieses Verkehrsprojekt waren, machten sie eine Kehrtwende und waren plötzlich Gegner der NOU. In dieser Auseinandersetzung zerbrach dann auch die Ampelkoalition. Die NOU wäre schon im Bau, fehlte es der Stadt nicht an Geld.

Für uns als kleine Fraktion, war es immer recht schwer unsere Forderungen durchzusetzen. Einen besonderen Dank, gilt daher denen, die sich an der Arbeit der „Erwei-

terten Fraktion“ beteiligten und ohne die diese Zeitung nicht möglich wäre. Immer wieder waren die beiden Stadtverordneten auf Kreativität und Fleiß dieser Menschen angewiesen. Zahlreiche Anträge und Anfragen waren nur durch sie möglich.

So auch die Neubewertung der Ehrengräber der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Nach langem Kampf und mehreren Info-Veranstaltungen auf dem Alten Friedhof an der Nieder-Ramstädter Straße hatten wir Erfolg mit dem Antrag, die städtischen Ehrengräber neu zu bewerten. Es ist schließlich nicht hinzunehmen, dass die Stadt immer noch die Gräber von Militaristen und Alt-Nazis pflegen lässt.

Einen weiteren Erfolg konnten wir mit der eingebrachten Resolution zum Haushalts 2010 verzeichnen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung folgte uns, Bund und Land aufzufordern, die Kommunen mit höheren finanziellen Mitteln

auszustatten. Nur so können sie ihren Verpflichtungen zur Daseinsvorsorge nachkommen.

Diese Erfolge dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Mehrzahl unserer Anträge abgelehnt wurde. Dies hatte oft nichts mit ihrer Sachlichkeit oder Notwendigkeit zu tun, sondern sollte wohl eher die Antragsteller treffen. Dies wird uns aber auch nicht in Zukunft beirren, kritische Anträge und Anfragen einzubringen. Die letzten fünf Jahre haben bewiesen, dass eine linke, kommunalpolitische Opposition unserer Stadt gut tut.

Aber auch personell hat es in unserer Fraktion im Laufe der letzten fünf Jahre eine Veränderung gegeben. Aus beruflichen Gründen musste unser langjähriger Fraktionsvorsitzende Rainer Keil im April 2009 sein Mandat niederlegen. Für ihn rückte Verena Hoppe nach und Karl-Heinz Böck übernahm den Fraktionsvorsitz.

WikiLeaks für Arme

oder

Der gnadenlose Kampf der Darmstädter FDP gegen „spätromische Dekadenz“ geht weiter

VON FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Wir berichteten in den letzten beiden Ausgaben unserer Fraktionszeitung von der satirischen Aktion der GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt) über die angebliche „spätromische Dekadenz“ von Hartz IV- Beziehern. Die GALIDA-Aktivistinnen besuchten im März 2010, bekleidet in Römerkostümen und ausgestattet mit Champagner und dekadentschmackhaften Häppchen die hiesige FDP-Geschäftsstelle.

Schnurstracks antwortete die Darmstädter FDP mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Diese Anzeige mündete in eine Anklage der Staatsanwaltschaft gegen sechs Aktivistinnen der Römer-Aktion. Das Amtsgericht Darmstadt befand den Anfangsverdacht für ausreichend, eine Hauptverhandlung zu eröffnen. Sie setzte diese für den 9. Dezember an; der Termin wurde dann jedoch aufgehoben. Bis heute warten die sechs Angeklagten auf einen neuen. Es lässt sich nur mutmaßen, ob der

Darmstädter FDP-Vorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion Leif Blum die zuständige Amtsrichterin dazu bewegen hat, den Prozess auf die Zeit nach der Kommunalwahl zu verschieben: Honi soit qui mal y pense.

Doch das war noch nicht Alles. Die GALIDA erhielt zwischen Weihnachten und Silvester von der Staatsanwaltschaft Darmstadt einen Strafbefehl. Unser Fraktionsmitarbeiter Frank Gerfelder-Jung habe

als Verantwortlicher der GALIDA-Internetseite die Anklageschrift gegen die Römer-Aktivistinnen vom 24. August 2010

<http://galida.files.wordpress.com/2010/09/anklageschrift-wegen-galida-fdp-aktion-spatromische-dekadenz-in-darmstadt.pdf>

veröffentlicht.

Damit, so die Staatsanwaltschaft, habe die GALIDA gegen Paragraph 353 d Nr. 3 des Strafgesetzbuchs verstoßen. Deswegen werde gegen Gerfelder-Jung eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen à 13 Euro verhängt, also insgesamt 390 Euro. Laut dem entsprechenden Paragraphen wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer „die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens, eines Bußgeldverfahrens oder eines Disziplinarverfahrens, ganz oder in wesentlichen Teilen, im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden ist oder das Verfahren abgeschlossen ist“.

Dieser verstaubte und in der Rechtsgeschichte wenig genutzte Paragraph war bisher auch dem Sprecher der Staatsanwaltschaft Darmstadt nicht bekannt.

Laut diesem Sprecher handle es sich hier um ein Amtsdelikt, das heißt die Behörde habe keinen Ermessensspielraum, sondern müsse nach Kenntnis des Verstoßes tätig werden. Wer nun diesen vermeintlichen Verstoß an die Staatsanwaltschaft meldete, lässt sich momentan nur mutmaßen. Aber auch hier liegt der Verdacht nahe, dass Darmstädter FDP-Kreise diesen vermeintlichen Verstoß an die Staatsanwaltschaft gemeldet haben

Die GALIDA hat die inkriminierte Anklageschrift nicht von ihrer Internetseite genommen und mittlerweile Einspruch gegen den abstrusen Strafbefehl eingelegt. Die unabhängige Rechtshilfeorganisation Bunte Hilfe Darmstadt hat die finanzielle Unterstützung der Verteidigungskosten in diesem neuen GALIDA-Verfahren zugesagt und ruft hierfür zu Spenden auf.

Bunte Hilfe Darmstadt

Konto: 11 00 33 54
Sparkasse Darmstadt,
BLZ: 508 501 50
STICHWORT: GALIDA



Bauverein ist zu resozialisieren!

HELMUT ANGELBECK / GALIDA

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Die „Postsiedlung“ in Bessungen liegt wie ein mächtiges Dreieck zwischen Holzhof-Allee und Moltkestraße. Ein Pavillon an der Spitze des Dreiecks erinnert daran, dass es früher viele Kioske und Wasserhäuschen in der Stadt gab. Wohnblocks der 50er Jahre, dazwischen Bäume und Grün, ein Viertel des Wiederaufbaus wie andere auch im Darmstädter Süden.

Doch die Idylle ist bedroht. Die Aktiengesellschaft Bauverein hat die Häuser längst übernommen und will schon lange „verdichten“. Dass dabei Menschen Schaden nehmen können, scheint den Bauverein nicht zu kümmern. Nun sollten schon vor Jahren ganze Blocks „flächenhaft“ abgerissen und neue mit viel weniger Zwischenraum neu gebaut werden. Es gab schon einen Laden, in dessen Schaufenster war das alles dargestellt. Es sollte so ähnlich aussehen wie im „Ernst-Ludwig-Park“ in der Heimstättensiedlung.

Doch die Bewohner ließen sich nicht ohne weiteres „entmieten“. Ein vorbereiteter Bebauungsplan wurde 2006 wieder zurückgezogen. Inzwischen ist der Bauverein moderater und saniert die bestehenden Wohnblocks mit einer Ausnahme: An der Oppenheimer Straße sollen 7 Blocks immer noch vollständig abgerissen werden und durch 40 Reihen- und 3 Mehrfamilienhäuser ersetzt werden. Die Mieter sollen weichen, weil sie einer „wirtschaftlichen Verwertung“ im Wege stehen.

Bauverein und ihm nahe stehende Politiker waren sich nicht zu schade, Teilwahrheiten zu verbreiten: Quadratmetermieten von 2,75 € würden gezahlt. Kein Wunder, wenn leerstehende

Wohnungen mitgerechnet werden. Die Wahrheit ist 5,00 €. Den auch beklagten Leerstand hat der Bauverein zu verantworten. Trotz Bedarf lässt er Wohnungen leer stehen!

Zwei Mieter klagen gegen den Bauverein. Eine vorgelegte Vergleichsberechnung ist nicht im Einzelnen nachzuvollziehen. So hat der Bauverein eine Tochter „BVD Immobilien GmbH & Co Postsiedlung KG“ gegründet und ihr das Erbbaurecht übertragen. Der Bauverein zahlt nun der eigenen Tochter die Pacht. Transparenz sieht anders aus, übrigens auch bei den Mieteinnahmen und dem Nachweis der Instandhaltungen.

Unsere Fraktion unterstützt zwei Anträge, die Erarbeitung eines Bebauungsplans wieder aufzunehmen, vor allem aber einen Ergänzungsantrag der Fraktionen Uffbasse und Alternative Darmstadt, der eine Gefälligkeitsplanung verhindert. Damit muss eine Veränderungssperre verbunden sein. Übrigens ist nur mittels B-Plan auch ein Sozialplan durchzusetzen. Denn eines haben die Mieter des Bauvereins lernen müssen: Mündliche Absprachen sind Schall und Rauch.

UNSERE MEINUNG

Mit Bebauungsplan können Bürgerschaft und vor allem die betroffenen Einwohner des Gebietes mitreden. Für die so genannten Konversionsflächen, für momentan unbewohnte Areale also, werden Planungs-Werkstätten alle Arten der Mitsprache durchgeführt. Es kann nicht angehen, dass für ein bewohntes Wohngebiet der Mindeststandard politischer Diskussion in Form eines Bebauungsplans aber unterbleibt.



Lippen- Bekennnisse

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Darmstadt

SPD und Grüne sprechen bundesweit über die Vorzüge von integrierter Gesamtschulen. Wenn es aber in Darmstadt an die realistische Umsetzung geht, sind Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Reden angebracht.

Da hat unsere Fraktion einen An-

darufhin, dass es für eine integrierte Gesamtschule keinen Bedarf gebe. Ihm schien der Schulentwicklungsplan oder zumindest die Kapazitätsanalyse wohl fremd zu sein. Der Hinweis auf den Modellcharakter einer solchen Schule mit der Möglichkeit, zukunftsweisen-



trag eingebracht, zu prüfen, ob in den Räumen der Diesterweg-Schule in der Julius-Reiber-Straße eine integrierte Gesamtschule mit naturwissenschaftlich-technischem Schwerpunkt eingerichtet werden könne. In der Stadtverordnetenversammlung am 9. Dezember 2010 äußerten sich alle anderen Fraktionen dazu negativ, aber immerhin: Man entschied sich, den Antrag im Schulausschuss zu behandeln. In der Sitzung des Schulausschusses am 2. Februar machte unser Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Böck darauf aufmerksam, dass die Kapazitätsanalyse im Schulentwicklungsplan (SEP) alleine für das Schuljahr 2011/12 einen zusätzlichen Bedarf von vier Klassen für weiterführende Schulen feststellt. Der Ausschuss-Vorsitzende Horst A. Härter (SPD) erklärte

de Wissensvermittlung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik zu erproben, konnte den Schulausschuss nicht überzeugen und er lehnte den Antrag ab.

UNSERE MEINUNG

Aus unserer Sicht versäumt die Wissenschaftsstadt Darmstadt eine Chance, die erforderlichen zusätzlichen Kapazitäten durch Einrichtung einer innovativen neuen Schule bereitzustellen. Auch ignorierte man den Wunsch des Städtelernbeirates nach einer Verstärkung einer Alternative zum G8 Bildungsgang. Es sind wohl doch nur Lippenbekenntnisse, wenn SPD und Grüne von neuen Wegen im Bildungsbereich reden.



Geschichts- Revisionisten

VON RAINER KEIL / DKP

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Stadt kündigt Partnerschaft auf

Im Jahr 2001 beschloss der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt, das geschichtsrevisionistische „Zentrum gegen Vertreibungen“ mit einer Patenschaft zu unterstützen. Hierfür wurden 5 Cent pro Einwohner dem Stiftungsrat zur Verfügung gestellt.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) nutzt dieses Projekt in seinem Sinne. Er will den Unterjochungs- und Vernichtungskrieg des Deutschen Reiches bei einer deutschen Vertriebenengedenkstätte weitgehend ausklammern. Dabei war die Entfesselung des Krieges Ursache für

die Vertreibung von Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa.

Schon unsere Vorgängerfraktion PDS/DKP-Offene Liste hat gegen diesen Beschluss protestiert. Beschimpfungen, Drohungen und Beleidigungen gerade aus dem rechten Spektrum waren die Folge.

Wegen der aktuellen Entwicklung hat unsere Fraktion folgenden Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird aufgefordert, die im Jahre 2001 abgeschlossene Patenschaft für das geplante ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ zum nächst möglichen Zeitpunkt aufzukündigen“.

Unser Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Böck Fortsetzung S.4



WERNER KRONE / DKP

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Hessen- Bremse



Bei der Kommunalwahl am 27. März wird es außer einem „Handtuch“ als Wahlzettel der Kommunalwahl den 1. Wahlgang zur Wahl des Oberbürgermeisters geben und ein schlichtes Zettelchen mit dem Titel „Volksabstimmung“ und Kästchen für Ja und Nein.

Im Gegensatz zum Bürgerentscheid zur Nordostumgehung vor 2 Jahren stehen nun alle großen Parteien gemeinsam mit dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) für ein „Ja“, diesmal zur so genannten „Schuldenbremse“. Diese soll nämlich in der Hessischen Verfassung verankert werden. Dabei gibt es so etwas schon im Grundgesetz und damit gilt die dort vorgesehene Schuldenbremse auch für das Bundesland Hessen. Aus der Begründung:

„Trotzdem werden gute Gründe gesehen, die Hessische Verfassung ebenfalls zu ändern: Zum einen will sich die Landesregierung durch eine Volksabstimmung eine breite Legitimationsbasis für den durch eine Schuldenbremse erforderlichen Konsolidierungskurs schaffen...“

Das plakative Verbot von Verschuldung wird so wirkungsvoll wie ein Verbot von Hochwasser sein. Es wird jedoch vom Land Hessen als Instrument benutzt werden, den Städten und Gemeinden noch mehr als in der Vergangenheit dringend benötigte Mittel beim kommunalen Finanzausgleich vorzuenthalten.

Die „Legitimationsbasis“ soll wohl bedeuten, dass die Landesregierung in Zukunft auch Darmstadts Bürgerinnen und Bürger bei Protesten gegen kommunale Streichungen auf die Volksabstimmung verweisen wird: Das Volk selbst habe es ja so gewollt!

Unsere Stadtverordneten haben daher einen Antrag eingebracht, die Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Hessischen Landesverfassung aus kommunalpolitischen Gründen abzulehnen.

Gebrauchsanweisung:

Wer gegen eine Generalvollmacht für die jetzige und die künftigen Landesregierungen, stimmt mit NEIN. Denn die Absicht ist finanzielle Bulimie des Staates. Die ist aber nicht alternativlos!

Hütten und Paläste

Linksfraktion begrüßt OB-Vorschlag „Büchner-Viertel“

WERNER KRONE / DKP

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Der Oberbürgermeister Walter Hoffmann hat für die von der US-Armee verlassene Lincoln-Siedlung und die Cambrai-Fritsch-Kaserne (eine „neue kleine Stadt“) den Namen Büchner-Viertel vorgeschlagen.

Während wir dafür sind, den Namen von Abraham Lincoln zu bewahren, können wir für die Kaserne den Vorschlag voll unterstützen. Die Nazis ließen ihre Wehrmacht im März 1936 vertragswidrig in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren, so auch in Darmstadt. Unmittelbar danach begannen sie, für den „Hauptwaffenplatz des Westens“ neue Kasernen in die Wälder zu holzen, darunter die

zivile Umnutzung des militärischen Areals zu überdauern.

Der Schriftsteller und Revolutionär Georg Büchner (1813 – 1837) kannte wohl schon in seiner Darmstädter Jugend den Slogan „Guerre aux châteaux! Paix aux chaumières!“ Während seiner Gießener Studentenzeit übersetzte er ihn im Hessischen Landboten in die Parole „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“, mit der die hessische Bevölkerung zur Revolution gegen die Unterdrückung aufgerufen wurde. Da ging es durchaus nicht um reine Verfassungsfragen, sondern um jährlich über sechs Millionen Gulden Steuern und Abgaben, für die die Einwohner des Großherzogtums Hessen „schwit-



Cambrai-Fritsch 1950

Cambrai- und die Freiherr von Fritsch-Kaserne. Die belgische Stadt Cambrai stand für eine Schlacht im Jahre 1917 und war vorübergehend Hauptquartier des unseligen Hindenburg. Werner von Fritsch wurde unter den Nazis 1935 Oberbefehlshaber des Heeres. Sicherlich wegen seiner Bedenken gegen die Kriegspläne wurde er fälschlich der Homosexualität bezichtigt und abgesetzt. Wir halten die Namen von Leichenfeldern und Feldherren nicht für würdig, die

zen, stöhnen und hungern“ mussten. Für Büchner waren Machtverhältnisse Fragen der Besitzverhältnisse, hinter politischen Fragen standen soziale Fragen.

Wahrlich ein passender Name, eine ehemalige Kaserne mit Hütten für die Bedürftigen zu nutzen. Denn immerhin warten in Darmstadt 2000 Haushalte, etwa 5000 Menschen auf eine bezahlbare Wohnung.

Fortsetzung von S.3

machte in der Stadtverordnetenversammlung am 11.11.2010 unsere Beweggründe klar: „Vertreter des BdV im Stiftungsrat nehmen klar revanchistische Positionen ein.“

Die Herren Saenger und Tölg waren vom Bundestag Anfang Juli auf einer Gesamtliste als stellvertretende Mitglieder des Stiftungsrats „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ berufen worden. In einem Zeitungsartikel 2009 gab Saenger Polen, England und Frankreich eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg. Tölg hatte im Streit über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gesagt, dass „gerade die Länder, die am massivsten Forderungen gegen uns richten, genügend Dreck am Stecken haben, weil sie Hunderttausende deutscher Zwangsarbeiter in zahllosen Lagern hatten.“

Der Zentralrat der Juden, aber auch andere Organisationen kritisierten dies öffentlich. Die Mehrheit der Stadtverordneten war nicht so konsequent: SPD, CDU, FDP und Grüne stimmten gegen unseren Antrag. Angenommen wurde dagegen ein Prüfantrag der grünen Fraktion: „Für eine fundierte Entscheidung über eine mögliche Kündigung der Patenschaft der Stadt Darmstadt in der Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ aus dem Jahre 2001 wird der Magistrat um Aufklärung folgender Fragen gebeten.“ Anschließend werden weitere Fragen gestellt, die sich um eine politische Bewertung herumdrücken. Wie zu erwarten, wurde diesem Antrag (der eher eine Anfrage ist) mehrheitlich zugestimmt.

Man darf gespannt sein, wie lange der Magistrat braucht, um den Sachverhalt zu „prüfen“. Wieder mal ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der im wahrsten Sinne des Wortes „folgenlos“ bleibt.

Ob es der anstehenden Kommunalwahl zu verdanken ist oder ob andere Gründe eine Rolle spielten wird wohl nie ganz zu klären sein. Wie auch immer, dieses Mal ließ sich die Verwaltung mit einem Prüfantrag nicht so lange Zeit wie üblich. Schon zur Stadtverordnetenversammlung am 15. Februar präsentierte der Magistrat eine Vorlage. Gegen die Stimmen von CDU und FDP wurde die unsägliche Partnerschaft beendet. Unser Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Böck machte noch einmal deutlich, dass diese Entscheidung schon früher zu haben gewesen wäre, wenn unserem Antrag zugestimmt worden wäre. Wir werten diese Entscheidung als Erfolg unserer Fraktionsarbeit. Beharrlichkeit zahlt sich aus.

Hessenbremse II

Wie mit unserer Verfassung manches einfach sein kann

WERNER KRONE/ DKP

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Stadtplaner und Kommunalpolitiker zerbrechen sich den Kopf, wie mit den ehemaligen Flächen der US-Armee, den „Konversionsflächen“ umgegangen werden soll. Die Stadt hat kein Geld. Der Bauverein aber hat fachliches Nichtkönnen bei der Umwandlung der Ernst-Ludwig-

zialstaat spätestens durch das Finanzmarktpaket einen Infarkt erlitten hat. Derselbe Bund, der Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben überträgt, ohne für das nötige Geld zu sorgen, will unserer Stadt erneut in die leere Tasche greifen. Dabei hat er dafür nichts bezahlen müs-



Kaserne in „Hasenställe“ bewiesen. Und Heuschrecken und Spekulanten lauern schon und wollen in „hochpreisiges Wohnen“ investieren. Dabei ist es ganz einfach. Der Artikel 14 (2) unseres Grundgesetzes sagt schlicht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

sen (außer den fälligen Stationierungskosten der US-Armee). Es ist quasi aus dem Westwald geschlagenes Indianerland, über das die BIMA verfügen will. Warum also kann der Bund nicht Grundeigentümer bleiben?

Auch Artikel 45 der Verfassung des Landes Hessen bestimmt, dass Privateigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Wie viel mehr gilt das dann für öffentliches Eigentum des Bundes!

Der Sozialstaat hatte einen Infarkt

Die BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) ist der Grundstücksmakler des Bundes. Diese Anstalt will und soll nur Kasse machen nach dem Motto „Alles muss raus!“ Ein soziales Gewissen kennt die BIMA nicht, weil der So-



Oppenheimer Straße: Insel-Lösung ist kein Fortschritt

VON ULLI FRANKE

Fraktions-Mitarbeiter DIE LINKE DA

Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe über den geplanten Abriss von sieben Häusern in der Oppenheimer Straße und den Protest gegen dieses Vorhaben. Anfang März gelang unter dem Druck der Öffentlichkeit ein Kompromiss zwischen der Mieterinitiative und der Bauverein AG: drei der sieben Häuser werden zunächst nicht abgerissen. Die Mitglieder der Initiative können in den nächsten zehn Jahren weiter dort wohnen.



Wohnungspolitisch ist der Kompromiss kein Fortschritt, denn die Bauverein AG hat ihren Irrweg nicht verlassen. Nur 18 der 60 Wohneinheiten bleiben erhalten. Die übrigen 42 günstigen Mietwohnungen will die Bauverein AG durch 89 neue Einheiten in Reihen- und Mehrfamilienhäusern ersetzen und für die bisherigen Mieterinnen und Mieter unerschwinglich verkaufen.

So entstehen zwar 47 zusätzliche Wohneinheiten, allerdings auf Kosten von 42 Einheiten preiswerten Wohnraums. Insgesamt werden in der Postsiedlung durch Abriß bzw. Sanierung 314 günstige Mietwohnungen dem Markt entzogen. Zum Ausgleich sollen 91 Sozialwohnungen entstehen. Dies wird die Stadt ca. 3 Mio Euro kosten. Doch die äußerst knappen Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen in den Neubau von Sozialwohnungen - etwa auf den Konversionsflächen - und nicht in den sozialen Ausgleich der renditeorientierten Strategie der Bauverein AG fließen.

Außerdem umfasst der Kompromiss weder eine verringerte Verdichtung noch wird wenigstens ein Teil der neuen Einheiten als Mietwohnungen angeboten. Der Charakter der Postsiedlung wird unwiderruflich zerstört. Durch den Kompromiss bleibt lediglich für einige Jahre eine Insel der Erinnerung daran erhalten.

UNSERE MEINUNG

Wir fordern weiterhin grundlegende Änderung der Planung in der Oppenheimer Straße. Das Ziel muss sein, den Bestand an günstigen Mietwohnungen und den Charakter der Siedlung zu erhalten.

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

DARMSTADT Links

**DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 DARMSTADT**

IMPRESSUM

DARMSTADT Links

Die Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben im Jahr. Auflage 10 000 Exemplare

LAYOUT & GESTALTUNG
Hans Ulrich Vergin
Keine Textkorrektur

**DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION**

Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mi. 1600 - 1900 Uhr

**TEL : 0 61 51 / 66 90 310
FAX : 0 61 51 / 66 90 533**